Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise installieren – Belastung Verbraucher und Unternehmen mit Energiesteuerbremse verringern

Drucksache **8/6390** · eingebracht 2026-03-18 — Antragsteller: **CDU**

Energie | Mobilität | Wirtschaftspolitik

ZUSAMMENFASSUNG

Die CDU-Fraktion fordert einen Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise, bestehend aus einer vorübergehenden Absenkung der Energiesteuer und einer Verschärfung des Kartellrechts, um Preissteigerungen an Tankstellen zu bremsen.

KERNFORDERUNGEN

- Feststellung steigender Kraftstoffpreise als Folge geopolitischer Krisen
- Kritik am 'Rakete-und-Feder-Effekt' auf dem Tankstellenmarkt
- Forderung nach Energiesteuerbremse und Kartellrechtverschärfung

BEWERTUNG

4.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Überarbeiten

Der Antrag fokussiert ausschließlich auf kurzfristige steuerliche Entlastung bei Kraftstoffpreisen, ohne Bezug zu ökologischer Nachhaltigkeit (Wert 3), sozialer Gerechtigkeit (Wert 4) oder Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5). Er widerspricht dem GWÖ-Grundsatz einer langfristigen, systemischen Energiewende zugunsten fossiler Infrastruktur. Die fehlende Berücksichtigung von Klimaschutzzielen, regionaler Wertschöpfung oder sozialer Ausgewogenheit (z. B. keine Schutzmaßnahmen für einkommensschwache Haushalte) führt zu gravierenden Defiziten in den Berührungsgruppen D (Bürger:innen und Wirtschaft) und E (Staat, Gesellschaft und Natur).

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Kartellrechtliche Maßnahmen zur Preisüberwachung
- Fokus auf ländliche Mobilitätsbedarfe
- Klare Benennung des 'Rakete-und-Feder-Effekts'

Schwächen

- Kein Bezug zu Klimaschutzzielen
- Keine soziale Differenzierung der Entlastung
- Keine Förderung alternativer Mobilitätsformen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	-	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	·
D · BÜRGER:INNEN	·	·	--	-	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	--	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D3 **Ökologische Mobilität** `Bewertung: -4`

Keine Förderung von Alternativen zum Verbrennungsmotor

E3 **Klimaschutz über die Grenzen hinaus** `Bewertung: -4`

Verstärkung fossiler Abhängigkeit statt Beitrag zur globalen Klimagerechtigkeit

B2 **Steuerpolitik als Gemeinwohlinstrument** `Bewertung: -3`

Energiesteuersenkung ohne ökologische Gegensteuerung

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: -2`

Keine differenzierte Entlastung nach Einkommen oder Mobilitätsnotwendigkeit

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

SPD

WAHLPROGRAMM 2/10

Der Antrag widerspricht zentralen SPD-Kernpositionen: Das Regierungsprogramm 2021 betont Wasserstoff- und Batteriemobilität (S. 34) sowie klimagerechtes Bauen und Wohnen (S. 39), nicht steuerliche Subventionierung fossiler Kraftstoffe. Kein Passus im SPD-Wahlprogramm unterstützt eine Energiesteuerbremse; stattdessen wird auf strukturelle Transformation gesetzt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Das Hamburger Programm lehnt explizit Atomkraft ab (Q19) und verankert ökologische Verantwortung als Grundwert (Q17). Eine Steuersenkung für fossile Kraftstoffe untergräbt die sozial-ökologische Transformation und widerspricht dem Grundsatz 'Vor dem Verteilen kommt das Erwirtschaften' im Sinne nachhaltiger Wertschöpfung — hier wird kurzfristig verteilt, ohne langfristig zu erwirtschaften.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag entspricht der AfD-Fokussierung auf Preisstabilität, Entlastung von Handwerk und Landwirtschaft sowie Skepsis gegenüber internationalen Energiepolitiken. Allerdings fehlt der explizite Bezug zu Kernthemen wie 'Remigration' oder 'Kernkraft', weshalb keine Volltreffer erreicht werden.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 6/10

Das AfD-Grundsatzprogramm fordert 'gegen Energiewende' und für 'Kernkraft und Kohle' (Q20), was indirekt mit der Aufrechterhaltung fossiler Infrastruktur kongruent ist. Allerdings fehlt der explizite Bezug zu nationaler Souveränität oder EU-Kritik im Antrag.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 8/10

Der Antrag spiegelt CDU-Kernpositionen aus dem Wahlprogramm 2021 wider: 'BEVORMUNDUNG! Wir brauchen keinen Politikstil, der die Menschen bevormundet' (Q5) und 'AUSSENWIRTSCHAFT BREITER AUFSTELLEN!' (Q2) korrespondieren mit der Forderung nach Marktregulierung statt Systemwechsel. Die Betonung von 'Handwerkerinnen und Handwerkern, Logistikunternehmen und landwirtschaftlichen Betrieben' entspricht der CDU-Fokus auf Mittelstand und ländlichen Raum (Q3).

> „BEVORMUNDUNG! Wir brauchen keinen Politikstil, der die Menschen, politischen Partner und Gegner, die Kommunen und die Wirtschaft bevormundet."
> CDU Mecklenburg-Vorpommern Wahlprogramm 2021, S. 39

PARTEIPROGRAMM 8/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont 'Technologieoffenheit' (Q7), 'Marktwirtschaftlichen Umweltschutz' (Q4) und 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' (Q8). Die Forderung nach Kartellrechtverschärfung und Krisenmechanismus passt zur Vorstellung eines 'starken aber begrenzten Staates', der nur bei Marktversagen eingreift.

> „Klimaanpassung sichert Lebensgrundlagen. Maßnahmen zur Klimaanpassung sind nicht allein Teil der Klimapolitik, sondern sind grundlegend in allen Politikfeldern."
> CDU Grundsatzprogramm 2024, S. 65

LINKE

WAHLPROGRAMM 1/10

Der Antrag widerspricht fundamental dem LINKE-Zukunftsprogramm: Dort wird ein Klimaschutzgesetz mit klarem Ausstieg aus fossiler Energie gefordert (Q22), Tariflohn von mindestens 13€ (Q23) und eine Verkehrswende 'weg vom motorisierten Individualverkehr' (Q22). Eine Energiesteuerbremse fördert genau das Gegenteil.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Das Erfurter Programm lehnt explizit den Ausbau des Autobahnnetzes ab (Q28), fordert Tempolimit und Verlagerung des Flugverkehrs auf die Schiene (Q28), sowie eine Entlastung ärmerer Haushalte *durch* Energieeinsparung — nicht durch Steuersenkung für fossile Energieträger (Q29). Der Antrag steht in vollständigem Widerspruch zu diesen Leitlinien.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 0/10

Der Antrag widerspricht sämtlichen grünen Kernforderungen: '100% Erneuerbare', 'Fahrradland NRW', '30% Naturschutzfläche'. Eine Energiesteuerbremse für fossile Kraftstoffe untergräbt die Klimaneutralität deutlich vor 2040 und verstärkt die Abhängigkeit von Ölimporten — entgegen der grünen Forderung nach regionaler Wertschöpfung und Gemeinwohlorientierung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert 'planetare Grenzen' als zentralen Leitgedanken (Q20) und sieht Klimaschutz als 'Menschheitsaufgabe' (Q20). Ein Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise ignoriert diese planetaren Grenzen und widerspricht dem Grundsatz 'Ökologie vor Profit'.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 7/10

Der Antrag entspricht der FDP-Forderung nach 'Technologieoffenheit' (Wahlprogramm NRW 2022) und 'Bürokratieabbau', da er auf marktregulierende statt planwirtschaftliche Instrumente setzt. Die Betonung von 'Unternehmen', 'Logistik' und 'Landwirtschaft' korrespondiert mit der FDP-Mittelstandsorientierung. Allerdings fehlt der explizite Bezug zu Digitalisierung oder Startup-Förderung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 7/10

Das FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont 'Freiheit', 'Eigenverantwortung' und 'freie Marktwirtschaft' (Q20). Die Forderung nach Kartellrechtverschärfung und Beweislastumkehr passt zur FDP-Idee eines 'schlanken Rechtsstaats', der fairen Wettbewerb sichert — allerdings ohne staatliche Lenkung der Energiewende.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Mit der geplanten Änderung des Kartellrechts ist die aktuelle Preisentwicklung unverzüglich durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundeskartellamt zu überprüfen, um ungerechtfertigte Preisanstiege zu unterbinden.

> Mit der geplanten Änderung des Kartellrechts ist die aktuelle Preisentwicklung unverzüglich durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundeskartellamt zu überprüfen, um ungerechtfertigte Preisanstiege zu unterbinden und gleichzeitig einen Mechanismus zur Überprüfung der ökologischen Verträglichkeit aller Kraftstoffe einzuführen.

Begründung: Ergänzung um ökologische Bewertung stärkt Wert 3 (Ökologische Nachhaltigkeit) in Berührungsgruppe B (Finanzpartner) und D (Bürger:innen).

Vorschlag 2 von 3

Original: Darüber hinaus ist bei einem anhaltend hohen Preisniveau eine wirksame Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen durch die Einführung eines Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise zu bewirken, mit dem eine vorübergehende, nach Normalisierung des Rohölpreises wieder auslaufende Absenkung der Energiesteuer gesetzlich verankert wird.

> Darüber hinaus ist bei einem anhaltend hohen Preisniveau eine wirksame Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen durch die Einführung eines Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise zu bewirken, der neben der Energiesteuerbremse auch einen automatischen Zuschuss für den ÖPNV, Fahrradinfrastruktur und regionale Mobilitätszentren vorsieht.

Begründung: Stärkt Wert 4 (Soziale Gerechtigkeit) und Wert 5 (Transparenz & Mitbestimmung) in Berührungsgruppe D und schafft echte Alternativen zum Auto.

Vorschlag 3 von 3

Original: Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass sinkende Weltmarktpreise zeitnah zu sinkenden Preisen an den Tankstellen führen.

> Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass sinkende Weltmarktpreise zeitnah zu sinkenden Preisen an den Tankstellen führen, und dass die Steuerentlastung nachweislich und transparent an Verbraucherinnen und Verbraucher weitergegeben wird — unter Einbindung von Bürger:innenräten zur Kontrolle.

Begründung: Stärkt Wert 5 (Transparenz & Mitbestimmung) in Berührungsgruppe D und schließt Wert 2 (Solidarität) durch partizipative Kontrolle.

Original-Antrag

Drucksache 8/6390

Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise installieren · Belastung Verbrauc·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN **Drucksache 8/6390**
8. Wahlperiode **18.03.2026**

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise installieren – Belastung der Verbraucher und Unternehmen mit Energiesteuerbremse verringern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Kriegshandlungen im Nahen und Mittleren Osten ziehen in großen Teil der Welt erhebliche politische und wirtschaftliche Verwerfungen nach sich. Unsere Solidarität und unser Mitgefühl gelten der darunter leidenden Zivilbevölkerung in den vom Krieg betroffenen Ländern.

2. Der Landtag erklärt sich außerdem solidarisch mit jenen Menschen im Iran, die unter der Herrschaft des aktuellen Regimes gelitten haben und aktuell leiden und seit Jahren mit großem Mut und ungeachtet der menschenverachtenden Reaktionen des Regimes für demokratische Reformen, Frauenrechte, Rechte von Minderheiten und Selbstbestimmung eintreten.

3. Auch die Menschen in Deutschland sind von den Folgen dieses Konfliktes betroffen, insbesondere durch stark steigende Kraftstoffpreise. Diese belasten Autofahrerinnen und Autofahrer, Handwerkerinnen und Handwerker, Logistikunternehmen und landwirtschaftliche Betriebe erheblich. Insbesondere die Menschen im ländlichen Raum mit seinen weiten Entfernungen spüren die hohen Preise an den Tankstellen im Portemonnaie. Zudem führen die Preissteigerungen zusammen mit den durch den Konflikt drohenden Beeinträchtigungen der globalen Lieferketten zu wachsender Unsicherheit für Unternehmen, was sich negativ auf die konjunkturelle Erholung in Deutschland auswirken kann.

4. Die aktuellen Preissteigerungen an den Zapfsäulen werfen die Frage nach ihrer sachlichen und rechtlichen Rechtfertigung auf. Das Bundeskartellamt hat bereits im vergangenen Jahr den sogenannten „Rakete-und-Feder-Effekt“ auf dem Tankstellenmarkt festgestellt, bei dem ein Anstieg der Rohölpreise auf dem Weltmarkt in der Regel unmittelbar zu steigenden Kraftstoffpreisen führt, sinkende Rohölpreise sich dagegen nur langsam an den Tankstellen bemerkbar machen.

5. Da der starke Anstieg des Rohölpreises nicht durch strukturelle Marktbedingungen, sondern eine politische Ausnahmesituation bedingt ist, sind politische Maßnahmen geboten, um den Preisdruck an den Zapfsäulen zu verringern. Der Landtag begrüßt daher die Einsetzung einer Arbeitsgruppe durch die Bundesregierung, welche sich mit den steigenden Preisen befasst, die Entwicklung analysiert und Handlungsmöglichkeiten prüft. Ebenso begrüßt der Landtag das von der Bundesregierung angekündigte Maßnahmenpaket, mit dem das Kartellrecht verschärft werden soll, sodass die Aufsichtsbehörden gezielter die Preisentwicklungen im Kraftstoffbereich untersuchen und bei nicht wirksamem Wettbewerb schneller Gegenmaßnahmen anordnen können. Insbesondere die Umkehr der Beweislast bei stark steigenden Preisen wird es den Kartellbehörden deutlich erleichtern, gegen überhöhte Preise vorzugehen. Auch die Beschränkung der Möglichkeit einer Preiserhöhung für Tankstellen auf einmal täglich, während Preissenkungen jederzeit möglich bleiben, kann zu mehr Transparenz und weniger kurzfristigen Preissprüngen an den Zapfsäulen führen.

6. Angesichts des hohen Steueranteils am Endpreis für Benzin und Diesel profitiert der Staat über den Umsatzsteueranteil unmittelbar von steigenden Preisen an den Zapfsäulen. Um bei einem starken Anstieg des Rohölpreises, der nicht durch strukturelle Marktbedingungen, sondern politische Ausnahmesituationen bedingt ist, den Preisdruck zu minimieren, ist daher die Etablierung des Instruments einer vorübergehenden Verringerung des Steueranteils an den Endpreisen über eine Absenkung der Energiesteuer geboten.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, weitere Maßnahmen zur Abmilderung der aktuellen Preisentwicklungen bei Kraftstoffen zu prüfen und insbesondere folgende Maßnahmen zeitnah umzusetzen:

1. Mit der geplanten Änderung des Kartellrechts ist die aktuelle Preisentwicklung unverzüglich durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und das Bundeskartellamt zu überprüfen, um ungerechtfertigte Preisanstiege zu unterbinden. Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass sinkende Weltmarktpreise zeitnah zu sinkenden Preisen an den Tankstellen führen.

2. Darüber hinaus ist bei einem anhaltend hohen Preisniveau eine wirksame Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen durch die Einführung eines Krisenmechanismus für Kraftstoffpreise zu bewirken, mit dem eine vorübergehende, nach Normalisierung des Rohölpreises wieder auslaufende Absenkung der Energiesteuer gesetzlich verankert wird. Dabei ist sicherzustellen, dass die Steuerentlastung eins zu eins an den Zapfsäulen ankommt.

Daniel Peters und Fraktion